



Bundestags- brief

Nr.298 •Die Woche im Bundestag• 25.03.2022



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Ein mutiger ukrainischer Präsident, ein schweigender Bundeskanzler

Die verbrecherischen Angriffe der russischen Armee auf die ukrainische Zivilbevölkerung werden immer brutaler. Präsident Selenskij hat in der vergangenen Woche einen eindringlichen Appell an uns alle im Deutschen Bundestag gerichtet. Wir müssen ihn hören und uns jeden Tag fragen: Tun wir genug, um den gerechten Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen?

Für uns ist klar: Ein Kriegseintritt kommt nicht in Frage. Einschneidende Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind umso erforderlicher. Die Bundesregierung laviert aber bei der Antwort weiter herum: Sie tut nicht genug. Zögerlich bei der Verschärfung der Sanktionen, zaudernd beim Streben nach weniger Energieimporten aus Russland, offenbar hinhaltend bei weiteren Waffenlieferungen.

Der Bundeskanzler – von dem wir in diesen Tagen Führung erwarten – schweigt. Der Kontrast zum mutigen, führungsstarken Präsidenten Selenskij könnte nicht größer sein.

Haushalt zwingt in die Realität

Mangelnde Klarheit zeigt sich auch im Haushaltsentwurf. Wie unter dem Brennglas wird deutlich, was der Scholz-Regierung fehlt: Prioritätensetzung.

Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden nicht angegangen, sondern mit geliehenem Geld kaschiert.

Die erneute Krise trifft die Bundesregierung deshalb unvorbereitet. Sie könnte diese Zeitenwende zum Anlass für echte Aufgabenkritik nehmen.

Die Bundesregierung könnte anerkennen, dass Generationengerechtigkeit nicht nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft ist. Dieser Haushalt lädt die Probleme der Gegenwart bei zukünftigen Generationen ab. Das können wir nicht hinnehmen.

Nach dem Entwurf soll der Bund im Jahr 2022 mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen, ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden.

Aber schon auf den ersten Blick ist klar: Diese Annahmen sind auf Sand gebaut. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten.

Bemerkenswert ist außerdem: Der Bundesfinanzminister hat bereits einen Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden angekündigt. Darüber hinaus stehen noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen zu 100 Mrd. Euro aus. Damit wird am Ende ein einheitlicher Bundeshaushalt 2022 stehen – mit einer Nettokreditaufnahme von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro.

Das belastet die parlamentarischen Beratungen und zeigt: Die Versprechen des Koalitionsvertrages sind erledigt. Die Zeit ist schon jetzt darüber hinweggegangen. Deutschland braucht jetzt einen neuen Regierungsplan. Der Bundeskanzler muss sagen, was wirklich wichtig ist. Wir erwarten endlich Vorschläge für klare Prioritätensetzungen und unvermeidliche Gegenfinanzierung.

Konstruktive Opposition wirkt: Regierung greift Vorschläge der Union zur Energiesicherheit auf

In zweiter und dritter Lesung haben wir uns in dieser Woche abschließend mit dem Gesetz zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen befasst.

Das Gesetz zielt darauf ab, unter Beachtung der aktuellen Lieferstrukturen und Lieferbeeinträchtigungen eine Unterversorgung des deutschen Marktes zu vermeiden. Um dies zu verhindern und um Preisspitzen ausgleichen zu können, sind bestimmte Speicherfüllstände erforderlich. Die Notwendigkeit, hier kurzfristig gesetzgeberisch tätig zu werden, hat sich unter anderem durch dramatische Preissprünge bei den Energiepreisen gezeigt.

Zentraler Kern der neuen Regelung ist die Verpflichtung der in Deutschland tätigen Betreiber von Gasspeicheranlagen, die Einhaltung bestimmter Füllstandsvorgaben zu gewährleisten und zu überwachen.

Mit diesem Gesetz greift die Ampel einen Vorschlag aus unserem damaligen CDU-Antrag „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten“ (BT-Drs. 20/725) auf, der diese Regelung als wirksames Instrument zur Bekämpfung kurzfristiger Preisschwankungen auf dem Energiemarkt in die politische Debatte eingebracht hatte.

Unveränderter Handlungsbedarf bei der Versorgung ukrainischer Flüchtlinge

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat in dieser Woche zurecht endlich spürbare Verbesserungen bei der Registrierung der Kriegsflüchtlinge eingefordert. Es kann nicht sein, dass der Bund sich zulasten einzelner Bundesländer aus der Verantwortung stiehlt.

Hier geht es um eine gesamtstaatliche Aufgabe, die die Bundesregierung nicht delegieren kann. Es ist irritierend, dass die Ampel sich über das Verfahren und einen Zeitplan zur Klärung der Standortfrage beredt ausschweigt. Mit Befremden müssen wir mitansehen, wie schlecht die Organisation der Bundesregierung läuft. Vor allem die Bundesinnenministerin ist in dieser angespannten Zeit gefordert, endlich das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen.

Anschauungsunterricht, wie sich dieser massenhafte Zustrom organisieren lässt, könnte sich die Ministerin im benachbarten Polen holen.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktionen nehmen wir ganz ausdrücklich die engagierten Menschen in der Berliner Verwaltung und vor allem auch vom Landesamt für Flüchtlinge von dieser Kritik aus. Sie tun, was sie können und oft noch mehr. Das gilt auch für die vielen unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Ihnen gilt unser großer Dank. Es ist unglaublich, was zurzeit auf private Initiative hin geleistet wird. Das ist wirklich großartig und steht unserem Land gut zu Gesicht.

Die gute Nachricht zum Schluss: 334 Milliarden Euro für Bildung und Forschung in Deutschland investiert

Die öffentlichen Haushalte und der private Bereich haben im Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen insgesamt 334,1 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland ausgegeben.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren das 4,3 Milliarden Euro beziehungsweise 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2020 bei 9,9 Prozent; im Vorjahr waren es 9,5 Prozent.

Die Bilanz für 2020 zeigt, dass die Union ihr Versprechen von der Bildungsrepublik Deutschland ernst genommen hat. Noch 2005 lagen die bundesweiten Ausgaben für Bildung und Forschung bei 190 Milliarden Euro. In den vergangenen 16 Jahren mit einer unionsgeführten Bundesregierung sind die Ausgaben für Bildung und Forschung um mehr als 150 Milliarden Euro erhöht worden. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von fast 10 Milliarden Euro.

Wir haben bei Bildung und Forschung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nie gespart, stattdessen haben wir sie auch in Krisenzeiten konsequent gefördert. An diesem Maßstab werden wir auch die „Ampel-Regierung“ messen.

(Quelle: Destatis).